



Pressemitteilung des Aktionsbündnisses *Unser Land schafft Wandel*

Einsatz des Aktionsbündnisses zeigt Wirkung – Greifswalder Bürgerschaft beschließt Neubeginn in der Landvergabe

Greifswald, 07.11.2019 – Am 4. November hat die Bürgerschaft Greifswalds die Neuausrichtung der kommunalen Agrarpolitik eingeleitet. Dies ist das positive Ergebnis des monatelangen Protests von Bürgerinnen und Bürgern, Umweltinitiativen und Naturschutzverbänden, die sich im Aktionsbündnis *Unser Land schafft Wandel* zusammengeschlossen haben.

Noch am Abend der Entscheidung demonstrierten über 120 Menschen vor dem Rathaus für eine naturverträgliche Landwirtschaft auf den städtischen Agrarflächen. Dabei stand erneut die Forderung nach einer Neuregelung in der Landvergabe im Mittelpunkt. Lautstark und bunt wurde der Wunsch nach Transparenz in der Flächenvergabe, Schutz der Biodiversität und die Einführung ökologischer und sozialer Pachtkriterien bekräftigt.

Zu Beginn der Bürgerschaftssitzung übergaben Mitglieder des Bündnisses die Unterschriftenlisten der Petition „Artensterben stoppen – Gemeinwohl stärken! Für eine zukunftsfähige Agrarpolitik in Greifswald!“ an das Stadtparlament. Stellvertretend für die 1575 Unterzeichner*innen der Petition appellierten Renate Grohé, Mascha Peters und Sandor Reich an die Bürgerschaftsmitglieder, sich für die Einführung von ambitionierten Pachtkriterien auszusprechen.

Mit dem nun am Montag beschlossenen Änderungsantrag „Kriterien für die Neuvergabe von landwirtschaftlichen Flächen“, welcher von den Fraktionen von Die Linke und Partei Mensch Umwelt Tierschutz, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Hulda Kalhorn von der Alternativen Liste, eingebracht wurde, wird eine Regelung getroffen, die das Potential für grundlegende Verbesserungen für Biodiversität und Agrarstruktur in der Region birgt.

Das Aktionsbündnis begrüßt daher die getroffene Neuregelung der Bürgerschaft zur Vergabe des städteigenen Landes. Wesentliche Kernaspekte der im Vorfeld vom Bündnis eingebrachten Forderungen zum Vergabeverfahren finden sich in dem Beschluss wieder. Darunter die Ausschreibung aller auslaufenden Pachtverträge (ab 5 ha), die Förderung des Ökolandbaus und von Betrieben, die nachweislich biodiversitätsfördernde Maßnahmen in die Fläche bringen. Bedauerlicherweise wurde die Vorlage noch während der Diskussion in der Bürgerschaft abgeschwächt, speziell hinsichtlich der Honorierung des Verzichts auf Pestizide.

Ungeachtet dessen kann Greifswald mit der Neuregelung bundesweit eine Vorreiterrolle einer umweltgerechten, transparenten und gemeinwohlorientierten Verpachtungspraxis einnehmen. Insbesondere öffentliches Land sollte überall im Sinne des Biodiversitäts- und Klimaschutzes genutzt werden. Die Neuregelung der Vergabepaxis ist nur ein erster, notwendiger Schritt eines weiterhin langen Weges hin zu einer naturverträglicheren Landnutzung.

Rückfragen bitte an:

Sebastian Schmidt//FINC//Tel.:03834/4486181//0176/83289424

Email: schmidt@finc-foundation.org